Deutscher Pflegerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (10. September 2026, Nr. 47/2026)

Gesundheitsversorgung und Pflege sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Deutscher Pflegerat fordert ressortübergreifendes Handeln und eine Kompetenzwende

Der Deutsche Pflegerat (DPR) fordert anlässlich der Beratungen des Deutschen Bundestages über die Etats für Gesundheit sowie Arbeit und Soziales, Gesundheitsversorgung und Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu behandeln. Ihre Sicherung darf nicht auf einzelne Ministerien oder Sozialversicherungen beschränkt bleiben. Demografischer Wandel, steigender Versorgungsbedarf und Fachkräftemangel machen eine verlässliche Versorgung zum Kern öffentlicher Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Stabilität.

„Gesundheitsversorgung und Pflege halten unsere Gesellschaft zusammen. Um sie dauerhaft zu sichern und unsere Demokratie zu stärken, müssen wir über Ressortgrenzen hinweg handeln. Bleiben Menschen ohne die notwendige Hilfe, schwindet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Staat und Politik“. Diese Gefahr ist längst real“, sagt **Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats**.

Pflegepolitik ist weit mehr als Gesundheitspolitik. Sie betrifft auch Arbeit und Soziales, Bildung, Familie, Forschung, Digitales, Wirtschaft, Justiz, Klimaschutz und Finanzen. Diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung muss sich im gesamten Bundeshaushalt und in der Arbeit der Ministerien widerspiegeln – weit über das Bundesgesundheitsministerium hinaus. Notwendig sind ressortübergreifend abgestimmte Ziele, Zuständigkeiten und Finanzierungswege Das setzt ein verbindliches Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen voraus.

Deutschland braucht zudem eine **Kompetenzwende**: Aufgaben, Verantwortung und Vergütung der Gesundheitsfachberufe müssen sich an Qualifikation, Kompetenzen und Versorgungsbedarf orientieren – nicht an überholten Berufs- und Systemgrenzen. Pflegefachpersonen müssen eigenverantwortlich handeln, Leistungen erbringen und abrechnen können. Die bereits eingeleitete Erweiterung pflegerischer Befugnisse muss dafür konsequent in der Regelversorgung ankommen.

Die erweiterten Befugnisse brauchen eine leistungsrechtliche Verankerung, klare Verantwortlichkeiten sowie verlässliche Vergütungs- und Abrechnungswege. Das stärkt die gemeinsame Arbeit der Gesundheitsfachberufe und ermöglicht einen kompetenzgerechten Einsatz knapper personeller Ressourcen. Wer wie die Profession Pflege als Heilberuf Versorgungsverantwortung trägt, muss dabei auch an den maßgeblichen Entscheidungen beteiligt sein.

Deutscher Pflegerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Der Versorgungsbedarf der Menschen muss den Maßstab setzen – nicht die Kassenlage. Das Gesamtbudget für Gesundheit und soziale Sicherung muss auf den Tisch. Gesamtgesellschaftliche und versicherungsfremde Leistungen wie die Kosten der Pflegeausbildung und die Rentenpunkte pflegender Angehöriger gehören in die Steuerfinanzierung statt einseitig die Beitragszahlenden zu belasten.

Jegliche Kürzung oder Begrenzung pflegerelevanter Vergütungen ist inakzeptabel. Tariftreue und bedarfsgerechte Personalstandards sowie Personalbemessung müssen gesichert, Personalkosten vollständig und verlässlich refinanziert werden. Eine bedarfsgerechte Personalausstattung ist zentrale Voraussetzung für Patient:innensicherheit, Versorgungsqualität und die langfristige Bindung von Pflegefachpersonen.

„Die Profession Pflege ist kein Kostenblock, sondern ein zentraler Teil der Lösung. Deutschland braucht eine ressortübergreifende Strategie und eine Kompetenzwende statt Kürzungslogik“, so Vogler.

Download Pressemitteilung

Ansprechpartner:innen:
Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Michael Schulz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0151 650 617 86 | E-Mail: m.schulz@deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (030) 398 77 303 | Telefax: (030) 398 77 304
E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de | Internet: www.deutscher-pflegerat.de
Social Media DPR: Instagram | LinkedIn | YouTube | Bluesky

Der Deutsche Pflegerat als Dachverband vertritt die geeinten Interessen der Berufsverbände und nicht die einzelnen Partikularinteressen der Verbände. Unterschiedliche Positionen und Meinungen einzelner Verbände können sichtbar sein und die Vielfalt der pflegerischen Profession widerspiegeln. Dieses berührt nicht die gemeinsamen Ziele und Intentionen des Deutschen Pflegerats.

Deutscher Pflegerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 25 Verbänden und Organisationen die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat auf Bundesebene die Interessen von 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Seit dem 14. Februar 2026 ist der DPR gemäß der Pflegeberufebeteiligungsverordnung – PflBBetV anerkannte maßgebliche Organisation der Pflegeberufe auf Bundesebene.

Präsidentin des Deutschen Pflegerats ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Jana Luntz und Pascale Hilberger-Kirlum.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- AnbieterVerband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft gem. e.V.
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e.V. (DGP)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V. (DGP)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Deutsches Netzwerk Advanced Practice Nursing & Advanced Nursing Practice (DNAPN) e.V.
- Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Landespflegekammer Rheinland-Pfalz (KöR)
- Pflegekammer Nordrhein-Westfalen (KöR)
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)
- Vereinigung der Pflegenden in Bayern (KöR)